

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im vorwärts zahlbar, vom der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Porto bezug nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zusätzlich Valuta-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Kompartiments- oder deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Transportgebühren. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Jentzen 2030, 2045, 4516 4607, 4635, 4648, 4821.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auf dem Wege zum Frieden

Die russischen Friedensbedingungen

Am Schluß der Debatte im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß ihm nach Beendigung seiner Rede ein Dokument Kamenevs zugestellt worden sei, welches die Friedensbedingungen Sowjetrußlands an Polen enthalte. Lloyd George verlas mit Zustimmung Kamenevs die Bedingungen, welche folgendermaßen lauten:

1. Herabziehung des polnischen Heeres auf 50 000 Mann,
2. Aufhebung der polnischen Kriegsindustrie,
3. die Grenzen Polens werden so laufen, wie der Oberste Rat sie festgesetzt hat, doch werden einige Verbesserungen bei Bialystok und Cholm gefordert,
4. ein freier Handelsweg für die Volkswirtschaft nach der Ostsee über Bialystok und Grajewo bis nach Ostpreußen.

Die russischen Friedensbedingungen, wie sie Lloyd George mitgeteilt hat, weisen den Weg, der endlich zum Frieden im Osten führen kann. Die Bedingungen zeigen das aufrichtige Bestreben Sowjetrußlands, zu einer Verständigung mit Polen und der Entente zu gelangen. Die beiden ersten Punkte entsprechen der Notwendigkeit, sich vor weiteren Ueberfällen und Rüstungen Polens und der hinter ihm stehenden Mächte zu sichern. Der dritte Punkt bedeutet die Annahme der vom Obersten Rat festgelegten ethnographischen Grenzen Polens, anscheinend mit Korrekturen zugunsten Litauens und der Ukraine. Von Bedeutung ist der vierte Punkt der einen freien Handelsweg Rußlands nach der Ostsee fordert. Dieser Weg würde zwischen Polen und Litauen nach Ostpreußen führen und die Ostsee bei Königsberg erreichen. Damit wäre auch der direkte Handelsverkehr zwischen Rußland und Deutschland einigermaßen gesichert.

Die Bereitschaft der englischen Arbeiter

Amsterdam, 11. August.

Bevor Lloyd George sich zum Parlament begab, empfing er zusammen mit Bonar Law und dem Arbeitsminister Mac Namara eine Anzahl Deputationen von Arbeiterführern, darunter den Präsidenten des Bergarbeiterverbandes Smillie, den Leiter der parlamentarischen Arbeiterpartei Adamson, ferner O'Grady, Oberst Wedgwood und andere. Die Abordnungen machten Lloyd George von den vorgestern angenommenen, gegen einen Krieg mit Rußland gerichteten Protestentscheidungen Mitteilung, in denen mit einem Generalstreik als äußerstem Mittel gedroht wird. Nach Mitteilung eines Mitgliedes der Abordnung wurde die Besprechung auf beiden Seiten in freundlicher und offener Weise geführt. Lloyd George ersuchte die Deputation, seine Erklärung im Parlament abzuwarten. Er sagte, der Vertrag von Versailles, durch den die Unabhängigkeit Polens geschaffen worden sei, müsse um jeden Preis aufrechterhalten werden. — Inzwischen dauern die Kundgebungen der englischen Gewerkschaften gegen einen neuen Krieg an, u. a. haben 170 000 Zimmerleute und Tischler in Manchester erklärt, sie würden sich weigern, Kriegsmaterial, wie z. B. Flugzeuge, herzustellen. Der Dockarbeiterbund sandte an Lloyd George einen Protest gegen einen Krieg mit Sowjetrußland mit der Begründung, daß Polen den Angriff begonnen habe.

Die Erklärung Lloyd Georges

London, 10. August.

Lloyd George sagte heute im Unterhaus in Anwesenheit von Kamenev und Krassin, die in einer Loge der Sitzung beobachteten, er wolle eine Erklärung über die ernste Lage in Mitteleuropa abgeben. Er habe versprochen, bevor er sich zu irgendeiner Handlung verpflichte, dem Unterhaus davon Kenntnis zu geben. Er habe noch Hoffnung, daß der Friede aufrechterhalten werden könne. Die Session werde Ende der Woche geschlossen, deshalb müßten gewisse Maßregeln gefordert werden, die man unter bestimmten Umständen ergreifen werde. Er bedauere, daß die polnische Offensive trotz der Warnung Frankreichs und Englands ausgenommen worden sei. Eine schwierige Lage würde entstehen, wenn die Bolschewisten auf Bedingungen bestanden, die die Unabhängigkeit Polens als freie Nation nicht gewährleisten. Der Völkerverbund könne nicht gleichgültig bleiben, wenn eines seiner Mitglieder durch eine militärische und aggressive Regierung, wie die der Sowjets, in seiner Existenz bedroht sei. Die Lage sei ernst, deshalb müsse man jedes Wort abwägen, das man gebrauche. Es sei unvereinbar mit dem moralischen Recht, daß irgendeine Macht die Vernichtung einer anderen Macht als Strafe für einen Angriff ihrer Regierung verlange. Man müsse Rücksicht nehmen auf Europa. Die Unabhängigkeit Polens und seine Existenz als unabhängige Nation

bildeten einen wesentlichen Teil des Friedensgebäudes Europas, und keine der Nationen, die an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens interessiert sei, könne sein Verschwinden gleichgültig lassen. Eine neue Anstellung Polens sei nicht nur ein Verbrechen, sie bedeute auch eine Gefahr. Das müsse man als Grundlage der englischen Politik festhalten. Deshalb habe man auch in Spa eingegriffen. Lloyd George spricht alsdann von dem den polnischen Vertretern in Spa gegebenen Versprechen und von den Ereignissen, die zur Ablehnung der vorgeschlagenen Waffenruhe geführt hätten. Das Ziel der in Spa festgelegten Politik der Alliierten sei, den Frieden, gegründet auf der Unabhängigkeit des ethnographischen Polens, sicherzustellen. Ein anderes Ziel habe sie nicht. Das sei der einzige Zweck der polnischen Verhandlungen gewesen. Am Montag hätte die Waffenruhe eintreten sollen. Am Mittwoch hätten die Polen über den Frieden verhandeln wollen. Man wolle doch England wegen dieser Differenz von Montag bis zum Mittwoch nicht in einen Konflikt verwickeln. Werde in Warschau ein Ergebnis erzielt, dann wolle man nicht eingreifen, um irgendein für Polen annehmbares Abkommen umzusetzen.

Nach den Erklärungen Lloyd Georges über die polnische Frage bedauerte Asquith, daß der Völkerverbund nichts getan habe, um den polnischen Angriff zu verhindern, und daß der Oberste Rat nicht interveniert habe. Clynnes erklärte namens der Arbeiterpartei, diese werde ihre Haltung revidieren, wenn es sich zeigen sollte, daß Polens Unabhängigkeit bedroht werde. Auch die Arbeiterpartei erkenne die Notwendigkeit der polnischen Unabhängigkeit für den Weltfrieden an. Lord Robert Cecil sprach seine Befriedigung darüber aus, daß England unter keinen Umständen zu Kriegsmahnahmen übergehen werde, falls es sich nicht um die Verteidigung der Unabhängigkeit Polens handele.

Der Beginn der Verhandlungen

Warschau, 11. August.

Entgegen den umlaufenden Gerüchten gibt das Presseamt des Ministeriums des Äußeren am 10. August bekannt, daß bis zur Stunde noch keine Antwort aus Moskau auf das polnische Radiotelegramm vom 5. d. M. eingegangen ist. Dagegen näherten sich Montag den polnischen Vorposten bolschewistische Parlamentäre mit weißer Flagge und fragten an, warum bisher keine Delegation erschienen wäre, die zum Abschluß eines Waffenstillstandes und des Friedens bevollmächtigt sei. Die bolschewistischen Parlamentäre betonten, daß angesichts der vielen Mißverständnisse, die durch die Funtsprüche entstanden seien, die Moskaner Regierung diesen Weg der direkten Verständigung eingeschlagen habe. Daher hat die polnische Regierung trotz des Fehlens einer offiziellen Antwort der Sowjetregierung beschlossen, eine Delegation zu entsenden, welche die Radiomißverständnisse klären und das Datum sowie den Ort der neuen Konferenz vereinbaren soll. Diese Delegation besteht aus dem Direktor im politischen Departement des Ministeriums des Äußeren Dencel und Major Stamirowski. Die Delegation ist gestern abend zur Front an die Chaufsee Siedlec-Brest-Litowsk abgefahren.

Amerika und Polen

Amsterdam, 11. August.

In der gestrigen Unterhausdebatte fragte Ben Tillet, wie sich Amerika zu der Forderung der Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes auf Rußland stelle. Lloyd George entgegnete, es werde ein Appell an Amerika gerichtet werden, das an der Schaffung des polnischen Staates mitbeteiligt gewesen sei. Bisher sei keine materielle Hilfe aus das Heer des Generals Wrangel auf der Krim geleistet worden.

Amsterdam, 11. August.

Nach Blättermeldungen aus Washington wird sich Amerika aller Maßnahmen widersetzen, die auf einen offenen Krieg der Alliierten gegen Rußland hinauslaufen. Man hält es für möglich, daß der Präsident für die Wiederaufnahme der interalliierten Blockade und die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe an Polen eintreten werde, glaubt aber nicht an den Erfolg einer solchen Blockade, da die Blockade tatsächlich bereits seit geraumer Zeit in Kraft ist, ohne daß die Haltung der Sowjetregierung dadurch im mindesten beeinflusst wurde.

Gegen die Kriegstransporte!

Prag, 10. August.

„Praso Vidu“ meldet: Der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen fordert die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten in einem Aufrufe auf, eine Durchsuchung von Kriegsmaterial nach Polen, Ungarn oder Rumänien nicht zuzulassen, da es gegen Sowjetrußland verwendet werden könnte.

Hungerstreik der Sinnfeiner. Ungefähr hundert Sinnfeiner, die in den letzten Wochen in das Gefängnis zu Belfast gebracht worden waren, sind in den Hungerstreik getreten. — In Clonalisty (Cork) wurden von Sinnfeinern zwei Soldaten erschossen.

Keine Illusionen!

Von Rud. Breitscheid

Der Außenpolitiker der Deutschnationalen Volkspartei, Professor Hoeyss, beschäftigt sich in der „Post“ mit der Haltung, die die deutsche Arbeiterschaft zu der Frage des Truppen- und Waffentransportes durch Deutschland einnimmt. Sie ist ihm sympathisch, denn er findet in ihr einen Beweis für die nationale Gesinnung des Proletariats. Seine Ausführungen verdienen, wörtlich wiederzugeben zu werden:

In Spa traten in der Rede des Abgeordneten Hue die deutschen Bergarbeiter auf den Plan der Politik, mit der Ueberwachung und Kontrolle fremder Militärtransporte in Deutschland tun jetzt die deutschen Eisenbahn- und Transportarbeiter das Gleiche in ihrem Interesse, aber sie handeln damit auch für Deutschland und für die Erhaltung der deutschen Reichseinheit. Die große augenpolitische Krise, in der wir stehen, die uns jeden Augenblick vor schwere Gefahren stellen kann, hätte ein Ende, wenn sie die miteinander Ringenden, wie Feinde sich gebärdenden Klassen unseres Volkes einander näher führte in der gemeinsamen Abwehr gegen die Gefahren von außen.

Wenn Herr Professor Hoeyss hier nicht aus taktischen Gründen seine wahre Meinung verbirgt, so gibt er sich, wie es uns scheinen will, einer starken Illusion hin, und wir müssen uns beeilen, ihn auf den Weg der Tatsachen zurückzuführen. Es sieht so aus, als ob die Erinnerung an die Zeit vor sechs Jahren ihn zu dem Glauben verleitet, daß die deutschen Sozialisten sich einmal wieder schändig hinter eine kapitalistische Regierung stellen, daß der Burgfriedensgedanke eine fröhliche Urständ selere. Einen solchen Wahn dürfen wir nicht in die Halme schießen lassen, und deshalb sei mit allem Nachdruck festgesetzt, daß wir innerlich keinerlei Gemeinschaft mit der Regierungspolitik haben, und daß unser Verhalten zu allererst von der Erwägung diktiert ist, das Proletariat müsse in einer kritischen Lage wie der gegenwärtigen mit den Regierenden gemeinsame Sache machen und um der Einigkeit nach außen hin den Klassenkampf aufgeben oder vertagen.

Gewiß hat das amtliche Deutschland seine Neutralität in dem polnisch-russischen Konflikt erklärt, und die Arbeiter wollen alles tun, was in ihren Kräften steht, um die praktische Durchführung dieser Neutralitätspolitik zu sichern und die drohende Unterstützung Polens durch das kapitalistische Frankreich abzuwehren. Aber nur ein oberflächlicher Beobachter kann aus dieser Uebereinstimmung auf eine Unterstützung der Regierung durch den Sozialismus schließen. Denn wenn wir hinter die amtlichen Stellen treten, so geschieht es nicht, um ihnen den Rücken zu decken, sondern höchstens um ihnen den Rücken zu steifen und sie bei der Stange zu halten. Wir machen nicht die Politik der Regierung, sondern die Regierung macht — wenigstens nach dem äußeren Anschein — unsere Politik. Den Standpunkt, den der Minister Simons jetzt verkündet, haben wir von jeher vertreten, indem wir die militärische und moralische Unterstützung antibolschewistischer Bestrebungen aufs Lebhafteste bekämpft haben. Wir betonten die Völkervertragswidrigkeit der Werbungen reaktionärer russischer Generale auf deutschem Boden, wir opponierten gegen das baltische Abenteuer, wir hielten daran fest, daß Deutschland mit Sowjetrußland in Frieden lebe, und forderten die Wiederanbahnung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen.

Wenn das gegenwärtige Kabinett sich unsere Anschauung zueigen macht, so gefällt uns diese Umkehr zur Vernunft, aber wir sind um so weiter davon entfernt, uns nun mit ihm solidarisch zu erklären, und mit ihm gemeinsam die nationale Flagge zu schwenken, als wir von Beweggründen geleitet werden, die die Regierung und die bürgerlichen Parteien sicherlich nicht teilen. Wir setzen uns für die strikteste Innehaltung der Neutralität ein, weil das die Form ist, in der wir Sowjetrußland helfen können. Uns leitet in erster Linie weder die Abneigung gegen Polen, noch der Wunsch, die Ententestaaten zu schwächen, sondern die Absicht, die russische sozialistische Republik nicht zertrümmern zu lassen. Diese Linie würden wir verfolgen, auch wenn die Regierung eine ganz andere Richtung einschläge. Sie ist uns nicht durch deutschnationale Rücksichten, sondern einzig und allein durch Rücksichten auf den internationalen Sozialismus und die Revolution vorgeschrieben.

Wir sind nicht in die Geheimnisse der Regierung eingeweiht und können daher nichts absolut sicheres über ihre Motive sagen. Auf alle Fälle aber sind es nicht die unseren, die sie natürlich sind, da sie naturnotwendig bürgerlich-kapitalistisch sind. Die Verschiedenheit der Beweggründe hindert unter Umständen nicht ein vorübergehendes praktisches Zusammengehen. Aber sie zwingt uns, auf der Hut zu sein, damit wir nicht eines Tages wirklich an dem Punkte anlangen, auf den uns Herr Hoeyss und seine Freunde gern haben möchten. Die bürgerlichen Parteien stehen im Gegensatz zu uns dem russischen Sozialismus nach wie vor in erbittertester Feindschaft gegenüber. Sie hassen und fürchten ihn, und wenn sie im Augenblick nicht ostentativ gegen Rußland Stellung nehmen und eine Neutralität verkünden, die ihm gewisse Vorteile bringt, so ändert das nichts an ihrer grundsätzlichen Auffassung. Ihnen scheint die Situation

günstig zu einer Verbesserung ihrer eigenen Stellung, und mit Hilfe der Neutralität hoffen sie, verlorengegangene Machtpositionen wieder erobert zu können.

Von zahlreichen Beweisen, die sich in ihrer Presse finden, nur einen. Die „Bergwerkszeitung“, das Organ der Grubenbarone, schrieb dieser Tage:

„Deutschlands Interesse und Deutschlands Sympathie neigen sich zu Rußland. Nicht zum Bolschewismus, wohl aber zu dem nationalen russischen Geist, der gegen Polen und gegen die habgierige imperialistische Politik der Entente erwacht ist.“

Der habgierigen imperialistischen Politik der Entente sind wir genau so abgeneigt wie die Zehnherrn, wahrscheinlich noch mehr. Aber wir wollen den Ententeimperialismus nicht zerstören, um auf seinen Trümmern den deutschen Imperialismus wieder aufzurichten, und wir unterscheiden uns von den Politikern vom Schlage der „Bergwerkszeitung“ darin, daß wir den Bolschewismus nicht als den Jagdhund benutzen wollen, der den deutschen Kapitalisten die Ententehäfen in die Küche treiben soll.

In mindestens ebenso hohem Grade aber unterscheiden wir uns von jener anderen bürgerlichen Gruppe, für die die Neutralität nur eine Art von Handelsobjekt ist und die darauf spekuliert, Deutschland zu gegebener Stunde möglichst teuer an die Entente verkaufen zu können. Diese Kreise begrüßen die Neutralitätserklärung, weil sie Deutschland rar mache. In ihrer Not, so vermuten sie, würden Frankreich und England uns einen Preis für die Aufgabe der Neutralität bieten. Dem so erworbenen Bundesgenossen würden sie Zugeständnisse im Osten und Westen machen, und dann könne ein frisch-fröhlicher gemeinsamer Feldzug gegen den russischen Bolschewismus und — was sehr viel wichtiger ist — gegen die deutsche Revolution beginnen. — Man spricht von Verhandlungen, die zu diesem Endzweck geführt worden seien oder noch geführt würden. Mag sein, daß das leere Gerüchte sind. Aber daß solche Wünsche leben, läßt sich nicht bestreiten, und daß wir ihre Erfüllung fördern würden, wenn wir auch nur den Eindruck auskommen ließen, als gäbe es eine innere Gemeinschaft zwischen unserer Diplomatie und der der bürgerlichen Klassen, liegt auf der Hand.

Wir gehen von ganz anderen Voraussetzungen aus und verfolgen ganz andere Ziele als die Freunde der Neutralität im bürgerlichen Lager. Wir sind ehrlich genug, den zeitweiligen Weggenossen jede Illusion über unsere Absichten zu nehmen, damit sie nicht überrastet werden, wenn wir uns morgen schon genötigt sehen, ihnen an die Kehle zu springen.

Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung

Offiziell wird mitgeteilt: Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben in letzter Zeit Verhandlungen über die Frage der Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten stattgefunden. Die gleiche Frage war Gegenstand eingehender Erörterungen im Unterausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Reichswirtschaftsrats und einem volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages. Mit Rücksicht auf die günstigen Ernteausichten haben diese Ausschüsse übereinstimmend der Reichsregierung vorgeschlagen, vom 15. September 1920 ab die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln mit der Maßgabe aufzuheben, daß die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Verträge bestehen bleiben und eine starke Reichssteuer zur Ueberwindung etwa während der Herbst- und Wintermonate eintretender Notstände gebildet wird. Es ist damit zu rechnen, daß ein entsprechend vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgearbeiteter Verordnungsentwurf Mitte August vom volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages angenommen wird, so daß dem Handel von da ab die zur Anknüpfung seiner geschäftlichen Beziehungen erforderliche Bewegungsfreiheit gegeben und er in den Stand gesetzt ist, Kartoffeln zur Belieferung nach dem 14. September 1920 anzukaufen. Um die Preisbildung auf dem Markt für Speisepotatoes nicht zu beeinträchtigen, sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß die kartoffelverarbeitende Industrie, insbesondere die Brennereien, mit einer Einschränkung ihrer Betriebe zu rechnen haben werden.

Die Konsumenten müssen also damit rechnen, daß die Preise für Kartoffeln eine Höhe behalten werden, die sie für die arbeitende Bevölkerung fast zu einem Luxusartikel machen. Offiziell wird von günstigen Ernteausichten gesprochen. Zu gleicher Zeit veröffentlicht aber der Oekonomierat Franz Schifft in der „Täglichen Rundschau“ einen Artikel, worin er warnt, sich heute schon auf Maßnahmen einzustellen, die eine große Kartoffelernte voraussetzen. Der Kartoffelertrag sei erst Mitte September übersehbar, da die Hauptwachstumszeit der Knolle erst jetzt eintrete. Die Vor-

bedingung für eine Bollernte sei nicht gegeben, in vielen Landesteilen behindere anbauender Rasse das Wachstum, und die Haltbarkeit der Kartoffel. Diese Ausführungen bedeuten nichts anderes, als daß die Agrarier schon jetzt auf eine angeblich mangelhafte Kartoffelernte vorbereiten wollen, und daß aus diesem Grunde die Preise hochgehalten werden müßten. Die Regierung hat demgegenüber die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch die Einfuhr ausländischer Kartoffeln ein genügendes Angebot geschaffen wird, damit durch dieses auf die Preise gedrückt werden könne. So viel läßt sich aber jetzt schon sagen, daß die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung keine Erleichterung für die Konsumenten bringen wird, sondern aller Voraussicht nach dazu führen dürfte, daß die Verbraucher hemmungslos den Profitinteressen der Agrarier und der Händler ausgeliefert werden.

Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise

Es wird amtlich bekannt gegeben, daß die Anfang Juni 1920 erhöhten Schlachtviehpreise ab 11. August 1920 eine Ermäßigung um 40 Mark je Zentner Lebendgewicht bei Rindern, 100 Mark bei Kalb- und ungefähr 40 Mark bei Schafen erfahren. Diese Herabsetzung der Preise wurde ermöglicht durch die Senkung der Produktionskosten, die infolge des günstigen Standes der Weiden und der nach Güte und Menge allenthalben befriedigenden Heuernte entstanden ist. Die Herabsetzung der Viehpreise bringt in Verbindung mit den getriebenen Häutepreisen die Möglichkeit mit sich, bei Rindern den Kleinhandelsfleischpreis um ungefähr 1 Mark, bei Kalb- und um 1,90 Mark und bei Schafen um 0,70 Mark je Pfund zu senken.

Lohnpolitik und Preisbildung

Der Reichswirtschaftsrat zur Wirtschaftskrise

Der vom Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats eingeleitete Unterausschuß hat gestern dem gesamten Ausschuss seinen Bericht über Maßnahmen betreffend Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge gegeben. Der Unterausschuß hat eine große Anzahl von Sachverständigen aus allen Produktionszweigen vernommen, mit denen die Fragen erörtert wurden: 1. Was ist die Ursache der Betriebs Einstellung und Betriebseinschränkung? 2. Auf welchem Wege läßt sich die Produktion wieder in Gang bringen. Anstelle des Berichterstatters Herrner hatte der Abgeordnete Wissell das Referat, der auch einen Antrag vorlegte. Referat und Antrag Wissell werden die Grundlage für die weitere Beratung des gemeinsamen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschusses bilden.

In dem Bericht des Abgeordneten Wissell wird betont, daß die Gefahr, die der Industrie durch die sich häufenden Betriebs-Einstellungen drohe, in weiten Kreisen der Bevölkerung unterschätzt werde. Die Statistik ergebe kein klares Bild. Der Bericht wendet sich gegen die Auffassung, daß die Abkühlung auf einen „Käuferstille“ zurückzuführen sei. Der Grund liege darin, daß die Masse des minderbemittelten Publikums nicht mehr lauffähig sei. Der Versuch, die Preise durch Abbau der Löhne zu senken, sei als gefährlich abzulehnen, da die Preissteigerung die Ursache der Lohnsteigerungen sei und nicht umgekehrt. Die primäre Ursache der Krise sei die Steigerung der Rohstoffpreise. Es bestehe daher im Reichswirtschaftsrat volle Uebereinstimmung darin, daß an einen Abbau der Löhne nicht eher gedacht werden darf, als bis die Kosten der Lebenshaltung ermäßigt worden sind. Die außerordentliche Steigerung der Rohstoffpreise führe zu Preisforderungen, die in den tatsächlichen Selbstkosten keine Rechtfertigung finden, weil den früheren Verhältnissen entsprechende prozentuale Handelszuschläge eingeführt werden. Auf diese Art entstünden Uebergewinne, die neben der Rohstoffsteuerung zu den wichtigsten Ursachen der Preisbildung zu rechnen seien.

Die Vorschläge, die der Antrag Wissell im einzelnen macht, laufen denn auch hinaus auf die Minderung der Rohstoffpreise und die Kontrolle über die Preisbildung zwecks Verhütung einer Preissteigerung durch Uebergewinne. Die einzelnen Vorschläge des Antrages bringen wir weiter unten zur Kenntnis.

Der Bericht unterscheidet sich zu seinem Vorteil von dem üblichen Geschwätz dadurch, daß er endlich einmal auf Grund von sachverständigen Urteilen hervorhebt, daß die hohen Löhne und Gehälter nicht die Ursache, sondern die Folge der wahnwitzigen Preisbildung sind. Die Untersuchungen des Ausschusses scheinen uns aber auf halbem Wege stehen geblieben zu sein. Führt man den Gedanken, daß die geminderte Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung die Ursache der Betriebsstörung ist, zu Ende, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Löhne und Gehälter nicht nur nicht zu hoch, sondern zu niedrig sind. Die erste Maßnahme, zur Hebung der gegenwärtigen Depression, wäre mithin die längst notwendige Angleichung von Löhnen und Gehältern an die Preisbildung. Hält zudem der Reichswirtschaftsrat eine wirksame Kontrolle der Preisbildung, die eine Verhütung von Uebergewinnen zu erzielen vermag, für möglich, so muß es

auch möglich sein, weitere Steigerungen der Preise infolge der wesentlich erhöhten Löhne und Gehälter durch diese Kontrolle zu verhindern. Die Folge davon wäre, daß nicht nur die Uebergewinne beschnitten werden, sondern, daß ein Teil der Gewinne in die Taschen der konsumierenden Massen flöße und ihre Kaufkraft erheblich steigerte. Der Reichswirtschaftsrat könnte auf solche Art dreierlei mit einem Schlage erzeugen: Die Behebung des Konsums, die Kontrolle der Preisbildung und die Beibehaltung der Gewinne. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings eine ernsthafte, mit weitgehenden Rechten ausgestattete Kontrolle der Betriebe durch die Arbeitnehmer. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß die Möglichkeiten dazu durch das Betriebsräte-Gesetz verbaut worden sind.

Die einzelnen Forderungen des Antrages Wissell, auf deren Bedeutung und Wirkung noch einzugehen sein wird, lauten:

1. Der Abbau von Betrieben oder die wesentliche Einschränkung der Produktionsmöglichkeit eines Betriebes durch ganz oder teilweisen Verkauf bisher zum Betriebe benutzter Produktionsmittel ist unter einer vorherigen Anmeldepflicht zu stellen und von einer Genehmigung abhängig zu machen.
2. Die Stilllegung von Betrieben ist im einzelnen Falle durch einen Sachverständigenausschuß unter Zuziehung von Unternehmern und Arbeitnehmern auf ihre volkswirtschaftliche Berechtigung zu prüfen. Dem Ausschuss ist das Recht zu geben, Maßnahmen zur Fortführung des Betriebes bei einer öffentlichen Stelle in die Wege zu leiten. Als solche Maßnahmen sind in Aussicht zu nehmen: a) die Erstellung von öffentlichen Aufträgen durch Vermittlung der beteiligten Sachorganisationen, b) die Verpflichtung der Rohstoffgesellschaften, die ihrer Bewirtschaftung unterliegenden Rohstoffe zu den der Marktlage entsprechenden Preisen den Verbrauchern abzugeben, c) die Gewährung von Betriebskapital durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der Gewerkschaften, d) die Gewährung von Ausfuhrerlaubnissen unter gleichzeitiger Fürsorge für den notwendigen Inlandsbedarf. Die zu a) bis d) genannten Aufgaben sollen an eine einseitige, nicht nach bürokratischen Grundsätzen zu leitende, selbständige öffentliche Stelle übertragen werden.
3. Bei Abbrüchen sowie bei Stilllegung trotz Beanstandung oder Verbot der dazu in Aussicht genommenen Stelle, bei denen der Unternehmer eine nach den Grundfragen von 2a bis d) angebotene Hilfe ablehnt, ist der öffentlichen Stelle oder einer vorhandenen Berufsstelle das Recht zu geben, den Betrieb im Interesse der Allgemeinheit selbst oder durch einen Dritten weiterzuführen, zu verpachten oder zu enteignen. Auch können die Rohstoffe und sonstige Betriebsstoffe alsbald einer Bewertung in anderen Betrieben zugeführt werden.
4. Die Beschäftigtenentlassungen sind mit möglicher Beschleunigung zu befehlen.
5. Sobald bei Rohstoffen der inländische Warenpreis im Verhältnis zum letzten Friedenspreis höher steigt, als das jeweilige Durchschnittsverhältnis von Goldmark zu Papiermark und zur Preissteigerung auf dem Weltmarkt, ist die Ausfuhr des betreffenden Rohstoffes zu unterlagen.
6. Während der durch die Krise erzeugten Kurzarbeit ist den Arbeitern pro ausgefallene Arbeitsstunde ein noch zu bestimmender Prozentsatz des tarifmäßigen Mindestlohnes aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu vergüten.
7. Es ist zu prüfen, welche Hemmnissen einem angemessenen Abbau der Preise aus der stark entwickelten, aber unkontrollierten privaten Straßenzug der Verbände erwachsen und welche gesetzlichen und administrativen Maßnahmen dagegen in Betracht zu ziehen sind.

Dazu kommen Vorschläge für einzelne Industriezweige. Im Anschluß an die Berichterstattung nahm Staatssekretär Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium zu dem Problem Stellung. Er mahnte zur Eile und zur sorgfältigen Erwägung der Angelegenheit, da die Krise sich verschärfen werde, sobald die Folgen des Kohlenabkommens von Spa wirksam werden. Er kündigte einige unmittelbar bevorstehende Maßnahmen der Regierung an. Größere Kohlenarbeiten werde die Regierung schon in kürzester Zeit beginnen. Der Anfang werde mit dem Bau des Main-Donau-Kanals gemacht werden und mit der Reduktion der Kanalisierung. Ferner werde nächstens eine Meldepflicht für alle Betriebsstilllegungen gesetzlich eingeführt werden. Die Vergütung öffentlicher Aufträge wird besonders in der Textilindustrie durchgeführt werden, zunächst in beschränktem Umfang. Die bestellten Waren sollen den Bergarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Hirsch machte aber auch darauf aufmerksam, daß alle diese Mittel, auch die vom Unterausschuß vorgeschlagenen Maßnahmen nicht genügen werden. Kein Mittel der Preispolitik könne die Folgen der Inflation aufheben. Alle Maßnahmen werden wieder ausgefallen, solange auf der Geldseite neue zusätzliche Kaufkraft geschaffen wird. Der Preisabbau habe bei den staatlich kontrollierten Waren, wie Braunkohle, Eisen, Zement bereits begonnen. Um bei den Waren, die dem freien Handel überlassen sind, eine allgemeine Preisüberwachung einzuführen, müßten vorher die notwendigen statistischen Organismen geschaffen werden. Man könne die Fragen der Preispolitik nicht dem Staatsanwalt überlassen.

Schaumlöftelei

Von Ignaz Wrobel.

Sechs Fuß hoch aufgehoben,
Ein Kriegsgott anzubauen,
Der Uebung der Genossen
Der Arbeit seiner Frauen,
Blauhaarig, blond, verwegen
Ist in der langen Hand
Den alten Vorfahrengegen —

Wenn in Deutschland einer etwas versteht hat, dann kneift er hinterher, schreibt aber keine Memoiren, womit er seine gänzliche Unschuld an dem Mäheur dazum, die Gegner beschimpfen und fünfzehn Prozent des Lohndpreises einstecken kann. So auch der cand. med. dent. Karl Schaumlöftelei, dem Studentenverein „Wingolf“ angehörig und derweiliger „Stabsfeldwebel“ des Studentenkorps Marburg.

Das Buch geht um die Schuldfrage herum, wie die Kasse um den heißen Brei, verhält sie in patriotische Phrasen und ändert an dem Urteil der anständigen Leute nichts. Wie war es denn?

Die Zeitfreiwilligenorganisationen von Studenten und Kellungslosen Offizieren hatten sich unter einer Regierung, die so schlapp war, daß sie eigentlich nicht recht wußte, wie sie der Rechten und der Linken Herr werden sollte, zu allem, beliebtem Soldatenpiel zusammengeschlossen. Wie schön war das: noch einmal heraus aus den staubigen Auditorien, noch einmal heraus aus den möckerten Buden, wo der mit den bunten Bändchen gekrümmte Stollis vor der Wirtin, dem Schneider und dem Schuster nur gerade so viel galt wie jeder andere auch — noch einmal heraus in das Feldleben, wo man saluziert, über die Mähen gut bezahlt und überhaupt so respektiert wurde, wie es einem honorierten Studenten und Waffenschützer von dem Pad zum. Sie traten an und marschierten „ins Feld“, gegen die eigenen Landsleute, mit einer Wonne, daß deutlich zu sehen war, es ging ihnen nicht um die Sache, sondern ums Soldatenleben. Der Regierung war die Angelegenheit längst über den Kopf gewachsen. Sie sah zu, wie ihre „Beauftragten“ voller Verachtung für die neue Verfassung ihre eigenen Zwecke unter einem Deckmantel verfolgten. Am 24. März 1920 befehligte die Stunden unter Führung eines v. Selchow Thal, die Unterführung hatte ein Herr Baldus. Der Gendarmeriewachmeister Hef aus Thal setzte sich mit Herrn Baldus in Verbindung und übergab ihm eine Liste von Menschen, die als Haupttrübselthäter der Roten Armee bezeichnet wurden. Wie ge-

arbeitet worden ist, kann man daraus ersehen, daß von diesen vierzig Ausführeun fünfundzwanzig sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden mußten. Fünfzehn Mann nahmen die Studenten mit. Die Gefinnung der Gefährlichen Reichswehrtruppen wird durch die Angabe des Herrn v. Selchow illustriert: „Die Gefangenen wurden ausgelassen und von einem starken Kordon von Angehörigen des Studentenkorps umgeben, denen es nur mit größter Mühe gelang, die wütende und mit Knüppeln gegen die Gefangenen vorgehende Menge der Bevölkerung und der Reichswehrtruppen zurückzuhalten.“ Die Gefangenen waren in diesem Augenblick wehrlos.

Auf dem Marsch von Rechterstedt nach Gotha wurden die fünfzehn Gefangenen aus Thal von den Studenten ermordet. Der cand. med. dent. Schaumlöftelei spricht von einer Erschießung auf der Flucht. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder sind die Gefangenen alle fünfzehn auf einmal entflohen. Dann hätten die Wachmannschaften in der größten Geistesgegenwart sofort die umgehängten Gewehre hochgenommen, gezielt, geschossen und getötet, und das bel diehtem Rebel. Schaumlöftelei schreibt, daß es der geübtesten Geistesgegenwart bedürfe, um solchen Ver suchen zu partieren. Fünfzehn Schüsse im Rebel überläßiger Menschen und fünfzehn tödliche Treffer: das ist sehr unwahrscheinlich. Oder aber: die Gefangenen sind nacheinander entflohen, das heißt, nachdem ein oder zwei einen mißglückten und mit ihrem Tode endenden Fluchtversuch gemacht haben. Das ist sehr unwahrscheinlich. Die Erschossen haben fast alle Kopf- und Brustschüsse teilweise von vorn gehabt. Auf diese wichtigen Fragen geht der Wingolf-Mann überhaupt nicht ein. Nach den Feststellungen des Rechtsanwalts Liedtnecht ist erwiesen: die Angeklagten befanden sich bis zur Gerichtsverhandlung in Freiheit und konnten vorher das Nötige veranlassen. Wichtige Belastungszeugen sind nicht herangezogen worden. Der Hauptbelastungszeuge, Offizier-Stellvertreter Dahlheim des Marburger Reichswehrbataillons, wurde von seinem Bataillonskommandeur, Herrn Schenk zu Schweinsberg, gemahregelt. Vor jedem unparteiischen Gerichtshof hätte man eine Kasse eine Kasse genannt, und die Herren Studenten wären herein gefallen.

Aber das ist keine Ueberraschung für uns Deutsche, die wir an zweiterlei Justiz seit langer Zeit gewöhnt sind. Das Heft des Stabsfeldwebels ist aber vor allem — in Ausdrucksweise, Schilderungen und Lebensauffassung — ein preußisches Kulturdokument.

Die Sprache ist trocken, schlecht und voll jener gemachten Schnelldigkeit, die den verdächtigen Typ „deutscher Offizier“ charakterisieren. Da ist die gehackte Abkürzung „Sta.-Ko.-Ma.“, was jodelt heißen soll, wie Studentenkorps Marburg. Da heißt es: „Die Bahnfahrt verlief sehr ordentlich“ (ein typischer deutscher Kasinobausdruck). Einmal steht da: „Der böse Feind war flammend untergetaucht“ (schem, das der Zahnarzt fälschlich mit „I“ schreibt, ist ein lateinisches Wort für heimlich, und das Ganze ist ein stumpfsinniger Kasinobausdruck). — Da wimmelt es von Oristommandanten und Brigaden und Stäben und „das Gesicht des Vaterlandes steht wieder auf des Messers Schneide“, und manchmal geht die Feder mit Herrn Schaumlöftelei durch, und wenn man das hier liest, glaubt man, er meine sich selbst: „Ein friedliebender Mensch treibt keine Geheimbrüder und dunkle Mächenschaften, während der Einbrecher und Plünderer Pläne und Anschläge schmiedet, mit seinen Kampfanen Berabredungen eingeht und die verschiedensten Sicherheitsmaßnahmen ausdenkt und vorbereitet.“ Das wären also die Studentenkompanien und die Organisation Eherich.

Der Preußengeist unter diesen Studenten ist unaussprechlich, und das könnte uns gleichgültig sein, wenn diese nicht die zukünftigen Verwaltungsbeamten, Kasinärzte, Priester und Richter werden, Richter, deren Objektivität anzuzweifeln vom Augenblick ihrer Ernennung an occubere ist. Aber was können das für Beamte und für Richter werden, die so eine Auffassung des Kampfes haben, daß sie, wie der Stabsfeldwebel einmal schreibt, auf einen sogenannten Spartakisten sofort schießen, ohne daß der irgend etwas tat! „Die Dämmerung schlüßte ihn selber vor unseren Augen.“ Und was mögen das für Beamte und Richter werden, die am 31. März einen Mann vor ein Standgericht der Abteilung v. Schenk stellen, ihn dort zum Tode verurteilen und zu ihrem größten Schmerz erfahren müssen, daß sogar ein Kriegsgerichtsrat (von der Brigade Stolzmann, Cassel) den zum Tode Verurteilten nach zwei Tagen freilassen muß. Ueberhaupt: die Rechtsprechung. Ganz abgesehen von der geradezu talmudischen Kabulistik, mit der zwischen Kapp, Generalfreik, Revolution und Zustand immer derjenige als ein Verbrecher abgestempelt wird, den man politisch haßt, ergibt sich dieses Bild:

Die deutsche Jugend auf den kleinen Universitäten ist zum großen Teil durch den Krieg verroht und entmenschlicht. Verroht: Mord und Totschlag machen ihnen Spaß und sie empfinden Mord und Totschlag nicht mehr als Dektie, wenn sie „dienstlich“ begangen

Das Existenzminimum im Juli 1920

Von Dr. R. Kuczyński, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Der Juli brachte eine weitere Verbilligung von Kleidern und Wäsche. Auch einzelne ausländische Nahrungsmittel, wie Reis, gingen im Preise zurück. Andererseits verteuerte der Mangel an Kartoffeln die Lebenshaltung. Dazu kam der Steuerabzug vom Lohne. Infolgedessen sind die Kosten des Existenzminimums, die im Juni bedeutend gesunken waren, im Juli wiederum gestiegen. Von den rationierten Nahrungsmitteln kosteten in Groß-Berlin Zucker und Milch 5mal so viel wie vor dem Kriege, Brot 10mal so viel, Butter 14mal so viel, Margarine 17 mal so viel, Schmalz 3mal so viel. Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den fünf Wochen vom 28. Juni bis 1. August wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Juli 1920	Preis Juli 1914
10250 g Brot	2428	253
1825 g Rohmittel	901	87
125 g Reis	145	6
125 g Hafertalao	450	30
6500 g Kartoffeln	530	69
1250 g Fleisch	2582	213
100 g Butter	375	26
460 g Margarine	1294	74
480 g Schmalz	1720	66
125 g Salz	310	17
850 g Zucker	340	37
500 g Marmelade	450	30
	11505	898

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 115,05 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 8,98 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 10 000 Kalorien, d. h. noch nicht so viel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 23 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7x2400 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 - 10 000 = 6800 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich noch drei Pfund Kartoffeln für 3 M., 1 1/2 Pfund Graupen für 3 M., 1 Pfund weiße Bohnen für 2,50 M. und 1/2 Pfund Margarine für 5,75 M. verschafft. Ihr wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel hätte also 37 M. gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7x3000 = 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von 1 Pfund Reis für 6 M., 1/2 Pfund Marmelade für 2,25 M., 10 Pfund Gemüse für 7 M. und 2 Pfund Obst für 3 M. Sein wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 55 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 138 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 8 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M., für Heizung 16,10 M., für Beleuchtung 6 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 33 M., Frau 22 M., Kind 11 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgebt, Steuern usw.) wird man, da der Steuerabzug vom Lohn nunmehr in Kraft getreten ist, einen Zuschlag von 1/2 (bisher 1/4) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Juli 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	55	92	138
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	22	22	22
Bekleidung	33	55	77
Sonstiges	40	59	82
	159	237	328

Auf den Arbeitslohn umgerechnet beträgt der notwendige Mindestlohn für einen alleinlebenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 39 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 55 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8300

werden. Entschuldigend mit den gerissensten Gedankenwindungen drehen die Juristen unter ihnen jeden Sachverhalt in sein Gegenteil um, sodass noch die litauischen Verbedürfteten von diesen Köpfen etwas lernen können. Man hat für alles seinen Paragrafen. Für und gegen.

Und sie halten zusammen wie die Kleiten. Wie jetzt erst wieder die Akten über die Körperverletzung eines ebenso antisemitischen wie besessenen Gutsbesizers, natürlich eines früheren Oberrentnants, „verschwinden“ sind, sodass der Justizminister benachteiligt werden mußte —; ebenso steht, und das ist das Wichtigste, von vornherein die Sympathie der Staatsanwälte, Kriegsgerichtsräte und der meisten Richter auf der Seite ihrer Korpsbrüder, Untertatungskollegen, Gefinnungsgenossen.

So entstehen solche Mordtaten, und so entstehen solche Freisprüche. Wenn Ihr etwas in der Angelegenheit Mehterstedi tun wollt, so lest die gute Broschüre „Der Schrei nach dem Recht. Die Tragödie von Mehterstedi“ von Henning-Düderstadt. Wenn Ihr noch mehr tun wollt, dann schickt einen kleinen Beitrag für die Hinterbliebenen, die sich ihren Unterhalt und ihr Recht nun suchen müssen, an Herrn W. Bod, Gotha, Sonnborner Straße 18.

Der Stabsfeldwebel, Zahnarzt und Wingolf-Mann hat umsonst geschrieben. Umsonst Phrasen, Wartburg-Begeisterung und schwarz-weiß-rote Gefinnung, die in einem Auszug zur Menschenwürde, den Höhepunkt in dem Wintersemester 1920“ sieht. Umsonst, Stabsfeldwebel, umsonst! Unser Urteil steht fest. Wir wissen, wie man das Ereignis auf der Chaussee nennt: Mord. Mord. Mord.

Gerhart Hauptmann hat ein Drama „Magnus Garbe“ beendet, das im Mittelalter der Hezenprozesse spielt, und arbeitet an einem Eulenspiegelpos „Till“ in Dexametern.

Volkshöhne. In der am Freitag, den 13. August in der Volkshöhne unter der künstlerischen Leitung von Maximilian Moris zum erstenmal zur Aufführung gelangenden Operette „Zigeunerliebe“ von Franz Lehár sind die Hauptrollen mit Richard Tauber und Margarete Schlemmiller besetzt. Das Blüthner-Orchester wird dabei von Kapellmeister Dr. Felix Günther geleitet.

Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater eröffnet am 20. August mit der Aufführung der Komödie „Bac“ von Bernstein-Samerich die Winterzeit mit Frau Julie Serda und Hans Juntermann in den Hauptrollen.

Mart, für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 17 100 M.

Vom Juli 1914 bis zum Juli 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,65 M. auf 159 M., d. h. auf das 9,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,20 M. auf 237 M., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,70 M. auf 328 M., d. h. auf das 11,4fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 9 bis 10 Pf. wert. (Im Juni war die Mark 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

Beunruhigung der Bergarbeiter

In Essen fand am 10. August eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei für das westliche Westfalen und dem Niederrhein statt, auf der auch der Bergarbeiterverband vertreten war. Die Konferenz nahm folgende Entschliessung an:

„Die Konferenz nimmt mit Besorgnis Kenntnis von dem Bericht der Bergarbeiterorganisationen über die Lage im Bergbau. Die Auslegung der Richtlinien für die Betriebsräte durch die Bechervorstellungen hat große Erregung in der Bergarbeiterschaft hervorgerufen. Konflikte sind nicht zu vermeiden, wenn die Unternehmer nicht auf die tatsächlich eingetretene Verkürzung der Rechte der Betriebsräte verzichten. Eine Folge dieses Vorgehens, eine Folge des mangelnden Einigenkommens der Unternehmer in der Lohnfrage und ihr Drängen auf Schichtverlängerung hat schon heute zu vielfacher Verweigerung von Ueberstunden geführt und droht einen für ganz Deutschland verhängnisvollen Konflikt heraufzubeschwören, wenn nicht die Regierung schleunigst für einen Ausgleich sorgt, der dauernd und gründlich nur durch schleunigste Sozialisierung des Bergbaues erfolgen kann.“

Die Regierung hat für die Bergarbeiter nur Ermahnungen an ihre „Pflichten“ gegenüber der Gesamtheit, verlagert ihnen aber den Schutz der Gesamtheit vor einer himmelschreienden Ausbeutung durch das Jochkapital. Inwieweit man infolge der von uns mehrfach kritisierten schwächlichen Haltung des Bergarbeiterverbandes hoffen darf, daß die Mehrzahl der Bergleute die Ueberstunden fortsetzen wird, scheint die Kohlenfrage für die Regierungsmännlein wieder einmal erledigt zu sein. Man hört nichts mehr. Die milden Ermahnungen an die Bergleute sind verklungen. Man hört vor allem nichts von Maßnahmen, die Opfer von den Unternehmern fordern, die die Sozialisierung vorzubereiten vermögen und anderes mehr. Und das wird nicht eher anders werden, als bis die Bergarbeiter zur Selbsthilfe greifen.

Die Konstituierung der Freien Stadt Danzig

Aus Danzig wird uns geschrieben: Die Verfassungskonstituierende Versammlung beendete am Sonnabend die zweite Lesung der Verfassung der zukünftigen Freien Stadt Danzig. Die Verfassung ist nach den bisherigen Beschlüssen ein Spiegelbild der reaktionären Verhältnisse im Freistaat. Es ist unnötig zu sagen, daß alle Anträge der U. S. P. zur Verfassung abgelehnt worden sind. Am Dienstag begann die dritte Lesung, die nach einer Forderung des Verwalters des Völkerverbundes für Danzig, Oberkommissar Lower, bis zum 16. d. M. beendet sein soll. Die Verfassung wird, in französischer und englischer Sprache überseht, auch den Oberkommissar dem Völkerverbunde vorgelegt werden. Nach Genehmigung der Verfassung wird vom Völkerverbund die Konstituierung der Freien Stadt Danzig erfolgen. Die Verfassung wird also auch in der dritten Lesung nur durchgepeitscht werden. Bemerkenswert ist, daß ein Artikel aufgenommen worden ist, nach dem die Konstituante als erster Volkstag bis zum 31. Dezember 1923 bestehen bleiben, also in Dauerzustand versetzt werden soll. Bezeichnend ist, daß auch die Rechtssozialisten für diesen Antrag eintraten. Alle Parteien mit Einschluß der Scheinsozialisten wissen, daß sich seit den Wahlen die Verhältnisse wesentlich geändert haben und daß besonders eine Kräfteverschiebung zugunsten der U. S. P. eingetreten ist. Der Zusammenbruch der Rechtssozialisten würde sich noch deutlicher zeigen, als schon bei den Wahlen im Mai.

Zwischenfall in Allenstein

In einem bedauerlichen Zwischenfall kam es am Dienstag in Allenstein, als mehrere betrunkene italienische Soldaten durch die Stadt zogen und von Beamten des Sicherheitspolizei zur Ruhe aufgefordert wurden. Im Verlauf des Vorworts brachte ein italienischer Soldat einem Sicherheitsbeamten durch zwei Dolmetscher in den Hals schwere Verletzungen bei. Die aufgebrachte Menge ergriff gegen die Italiener Partei, und es entwickelte sich eine Schlägerei. Der Messerwunde wurde von einem hinzukommenden italienischen Offizier beigegeben und in Gewahrsam gebracht.

48 Arten Reichssteuern

Von den zahllosen Arten von Steuern, die das Reich erhebt, gibt die Uebersicht über die Einnahmen an Zölle, Steuern und Gebühren einen Begriff. Besonders versteuert werden Tabak, Zigaretten nebst einem Kriegsaufschlag, Zucker und Salz. Vom Branntwein wird nicht nur eine Verbrauchsabgabe, sondern auch ein Zuschlag, eine Vertriebsabgabe, Freigeib und Sektollereinnahmen erhoben. Besteuert werden Essigsaure, Wein, Schaumwein, Mineralwasser, Leuchtstoffe, Zündwaren, Bier, Spielarten und Wechsel. Außerdem wird eine besondere Reichsteuergeldabgabe erhoben von Gesellschaftsverträgen, Wertpapieren, Gewinnanteilschein- und Zinsbonds, Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeschäften, Lotterielosen, Frachttarifen, Erlaubnistarifen für Kraftfahrzeuge, Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten, Warenumfängen, Geldumfängen, Grundstücksübertragungen und Versicherungen. Dazu kommt eine Abgabe vom Personen- und Güterverkehr und die besonderen Steuern auf Kohlen, Zuckers, Grundbesitz, Erbschaften, Besitz, die Kriegsabgabe von 1916 mit Zuschlag, 1918 und 1919, das Reichsnotopfer, die Abgabe vom Vermögenszuwachs, die Umsatzsteuer und die statistische Gebühr. Neu hinzugekommen ist die Reichseinkommensteuer. Im ganzen sind dies 48 verschiedene Reichsteuergattungen.

Dazu treten noch die Steuern der Länder, Provinzen, Kreise, Gemeinden und Kirchen.

Uff! Dem geplagten Steuerzahler wird beim Lesen all dieser Sorten von Steuern etwas der Kopf denommen sein. Der gewissenhafte Steuerzahler wird sich ein Verzeichnis mit Sitawortregister anlegen und der Schieber wird lächelnd über den alten und neuen Vater Staat: „Mir kann keener!“ Nun ja, es muß zugegeben werden, das Geld benötigt unser Vater Staat, mit seiner republikanischen Verfassung, dringend, sehr dringend sogar. Nur zehn Milliarden sind für unsere herrliche Reichswehr, deren Reglement öfters verlagert, ausgeworfen. Diesen armen Soldaten einschließend der Offiziere, die alle unterernährt sind, geht es augenblicklich bitter schlecht. Sie sind, wie kürzlich festgestellt werden konnte, auf Nebenverdienst durch Schieber usw. angewiesen. Deswegen muß ihr Etat unbedingt erhöht werden. Darum müssen unbedingt Ersparnisse bei den Kriegsspielen und Arbeitslosen gemacht werden.

Kampf gegen den Preisabbau

Der Abgeordnete Leicht hat in der Nationalversammlung bei der Regierung angefragt, was diese gegen das Vorgehen der deutschen Tuchkonvention, Düsseldorf, zu tun gedenke. Die Tuchkonvention hat mit einem Rundschreiben vom 1. Juli 1920 die deutschen Tuchfabrikanten verpflichtet, den Preisabbau dadurch zu erschweren, daß sie nur 10-5 Prozent Er-

mäßigungen auf die ab 1. April genommenen nachträglichen Preisaufschläge für Lieferungen, die nach dem 17. Juni 1920 erfolgt sind, gewähren dürfen.

Außerdem hat in der „Textilwoche“ in Nr. 20, S. 6, der Verband Deutscher Mantwebereien seine Mitglieder bezwungen, auf alle schon lange gelieferten Waren jetzt noch nachträglich wesentliche Preisaufschläge zu fordern.

Das Amnestiegesetz

Das Kabinett hat sich am Dienstag mit der Rückwirkung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren befaßt. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Amnestiegesetz nicht auf Disziplinarverfahren, sondern nur auf Strafverfahren Anwendung finden sollte. Andererseits war das Kabinett darüber einig, daß es dem Geist und dem Ziele des Amnestiegesetzes entspräche, eine möglichst weitgehende Beunruhigung aller beteiligten Kreise herbeizuführen. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die Untersuchungsakten sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schwebenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen.

Die Regierung hat es sehr eilig, den Rappoverbrechern die volle Bewegungsfreiheit zu garantieren. Im Ruhrgebiet, wo es sich um Arbeiter handelt, gehen die Mühlen der Justiz viel langsamer.

Die Krise in der Porzellan- und Steingut-Industrie

In der Handelspresse wird mitgeteilt, daß innerhalb von drei Wochen 57 Porzellan- und Steingutfabriken für 150 Millionen Mark inländische und für 28 Millionen Mark ausländische Aufträge annulliert wurden. Deswegen sind Luxusporzellanfabriken für 43 Millionen Mark und 20 Fabriken für elektrotechnische Porzellanartikel für 25 Millionen Mark in- und ausländische Aufträge. Die Steingut- und Porzellanfabriken verloren für 25 und die Spielwarenfabriken für 2 Millionen Mark Bestellungen. Diefem Auftragsverlust von insgesamt 273 Millionen Mark standen nur für 53,2 Millionen M. in derselben Zeit neu erteilte Aufträge gegenüber. — Die Porzellan- und Steingutfabriken haben dieses Verhalten der Besteller durch ihre unerschämte Preispolitik während der Hochkonjunktur heraufgefordert. Den Schaden tragen jetzt die Arbeiter, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen.

Munitionstransporte der Konterrevolution

In Pankow ist von den Eisenbahnern ein Wagen, beladen mit 10 000 Sprengkapseln, angehalten worden. Abseher Rheinisch-Westfälische Sprengstoff A.-G., Empfänger Helmuth Hähnel, Krenz (Ostbahn); die Abgangstation des Wagens, der aus Richtung Stettin, der Hochburg der pommerischen Junker und Konterrevolutionäre, kam, ist unklarlich gemacht worden.

Ferner durchließ Berlin der Wagen, Saarbrücken 13 306, in Ostlin von Lešno, Zeugamt Ostlin, mit 11 000 beladen, an das Artilleriedepot West der Sicherheitspolizei in Hannover. Die Eisenbahner in Hannover sind verständig, diese Massenmordmunition nicht auszuliefern. Sicher braucht der Allgewaltige von Hannover, Koste, die Munition zur Unterstützung der Konterrevolution. Sache des Proletariats ist es, dies zu verhindern.

Millionenschiebungen in Köln

Am 22. Juli lief das Schiff „Karlsruhe 2“ mit 785 Fahrgästen an Rotterdam für einen Kölner Empfänger in Köln ein. Der Empfänger legte Einfuhrbewilligung für die Sendung vor und beantragte Zollabfertigung. Ein Kontrolleur des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Einfuhr und Ausfuhr schloß jedoch aus bestimmten Anzeichen Verdacht gegen die Rechtmäßigkeit der Einfuhrbewilligung, veranlaßte die Zollbehörde, die Abfertigung noch hinauszuschieben, und fragte telegraphisch in Berlin beim Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Einfuhr und Ausfuhr wegen der Angelegenheit an. Die hier vorgenommenen Nachforschungen ergaben, daß die Einfuhrbewilligung gefälscht war. Daraus wurde der Verfall der Sendung zugunsten des Reiches ausgesprochen.

Die Sendung repräsentiert einen Wert von etwa 25 Millionen Mark. Der Empfänger, ein früherer Seeoffizier, ist verhaftet worden.

Der russisch-lettische Vertrag

Kopenhagen, 11. August.

Das lettisch-russische Friedensabkommen bestimmt u. a., daß die von beiden Parteien benutzte Volksabstimmung im Gebiet von Driisa und von Dänaburg nicht stattfinden soll. Dagegen soll eine Teilung der strittigen Zonen nach gegenseitigen Uebereinkommen vorgenommen werden. Lettland erhält in Rußland Waldkonzessionen. Es wird weiter bestimmt, daß die Lettland gehörenden Besitztümer (Maschinen, Eisenbahnmateriale, Wertpapiere usw.), die im Jahre 1916 oder später nach Rußland gebracht wurden, an Lettland zurückgegeben werden sollen. Sowjetrußland ist jedoch berechtigt, den Gegenwart in Gold zu entrichten. In spätestens zwei Monaten nach der Ratifizierung des Friedens wird Rußland an Lettland einen Vorschuß von vier Millionen Rubel in Gold zahlen.

Regierungsterror in Estland

In Estland streiken die Eisenbahner. Nach bewährten Mustern geht auch dort die Staatsgarde gegen die Streikenden vor. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, hat die estnische Regierung das Streikkomitee der Eisenbahnbediensteten verhaftet und vor ein Kriegsgesicht gestellt. Der Eisenbahnverkehr wird mit Hilfe von Arbeitswilligen, die unter militärischem Schutz stehen, aufrechterhalten.

Ermäßigung der Tabaksteuer. Nach Anordnung des Reichsministers der Finanzen beträgt die Ermäßigung der Tabaksteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1921 für Zigaretten 75 Prozent, für Zigaretten in den fünf höchsten Steuerklassen 50 Prozent und für feingeknickten Rauchtabak in den beiden obersten Steuerklassen 20 Prozent der vollen Tabaksteuer. Die Tabaksteuer für Zigaretten wird jedoch nicht unter den Betrag von 87 M. für tausend Stück, für feingeknickten Rauchtabak nicht unter den Betrag von 32 M. für ein Kilogramm ermäßigt.

Landtagswahlen in Dänemark. Nach den letzten Wahlen für das Landtag beschloß dieses aus 14 Konservativen, 8 Radikalen, 19 Sozialisten und 31 Mitgliedern der Linken. Das frühere Landtag bestand aus 18 Konservativen, 12 Radikalen, 15 Sozialdemokraten und 27 Linken.

Aus der Partei

Befehung des Fraktionssekretariats

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. hat den Sekretärnosten befehlt, den Gesellen, deren Bewerbungen nicht berücksichtigt werden konnten, wird der Dank für ihr freundliches Verhalten ausgesprochen. Jedem einzelnen zu antworten, ist bei den eingegangenen Bewerbungen nicht möglich.

